

Konrad Dussel: Hörfunk in Deutschland. Politik, Programm, Publikum (1923-1960)

Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg 2002, 451 S., ISBN 3-935035-33-0, € 35,-

Während das Fernsehen in jüngerer Zeit bereits mehrfach zum Gegenstand retrospektiv orientierter, breit angelegter Forschungen geworden ist gilt dies für das Radio so nicht. Das mag sich aus der anhaltenden Bedeutung des Fernsehens in der Gegenwart erklären, aber in der Zeit zwischen den frühen zwanziger und den sechziger Jahren fungierte das Radio als gesellschaftliches „Leitmedium“, ein Umstand, dem die bisherige Zeitgeschichtsforschung insgesamt noch zu wenig Rechnung getragen hat.

Es ist daher ein ebenso verdienstvolles wie schwieriges Unterfangen, einen synthetisierenden Überblick zu wagen und das „Hörfunkzeitalter“ zwischen 1923 und 1960 über vier politische Systeme hinweg (Weimarer Republik, NS, DDR und Bundesrepublik) zu beschreiben. Der Mannheimer Historiker Konrad Dussel kann dabei auf umfassende persönliche Vorkenntnisse zurückgreifen, denn immer wieder ist er in den letzten Jahren mit Veröffentlichungen hervorgetreten, die sich theoretisch informiert und empirisch fundiert mit verschiedenen Aspekten der jüngeren deutschen Rundfunkgeschichte befassen. Im vorliegenden Fall ist dies wörtlich zu nehmen, denn die Darstellung fußt in zahlreichen Abschnitten auf einem älteren, bereits veröffentlichten Text.

Gleichwohl unterscheidet sich das aktuelle Buch sowohl hinsichtlich der Zielgruppe als auch der Akzentuierung spürbar von der vormaligen Fassung. Diesmal sind nicht die audio-visuellen Medien allgemein Thema, sondern es geht exklusiv um die Geschichte des Mediums Radio. Hinzu kommt, dass Dussel den Schwerpunkt der Untersuchung nun klar im programmgeschichtlichen Bereich setzt. Ihn interessiert vorrangig „die Entwicklung der Radioprogramme im Spannungsverhältnis zwischen Politik, Produzenten und Publikum“ (S.16). Damit distanziert er sich von älteren geschichtswissenschaftlichen Ansätzen, die Mediengeschichte allein aus einer politikhistorischen Sicht betrieben haben und bisweilen noch immer treiben möchten. Demgegenüber betont der Autor zu Recht die Notwendigkeit einer allgemeineren, kulturgeschichtlich orientierten Herangehensweise, die sensibel dafür ist, dass die Geschichte der Massenmedien eben keineswegs in Medienpolitik und den (propagandistischen) Intentionen von Politikern aufgeht, sondern die Perspektive der Rezipienten ebenso mit erfassen muss wie die Bedeutung medialer Eigendynamiken, die sich intentionalen Strategien teilweise entziehen. Konsequenterweise schließt sich an den Problemaufriss eine pointierte *tour d'horizon* durch die kommunikations- und kulturwissenschaftliche Rezeptions- und Wirkungsforschung an, die geeignet ist, eine Schneise in diesen „Theoriedschungel“ zu schlagen.

Sieht man von Einleitung und Zusammenfassung ab, gliedert sich das Buch in zwei Hauptabschnitte. In einem ersten, relativ kurzen Teil werden die Organisations- und Institutionsgeschichte sowie einige Trends der Radionutzung beschrieben, während mehr als 2/3 des Textvolumens den Programmstrukturen und konkreten Sendeformaten gewidmet sind. Innerhalb dieser Abschnitte werden die einzelnen Rundfunkordnungen jeweils chronologisch abgehandelt, d.h. den Anfang macht jeweils die Weimarer Republik und den Abschluss bildet die Bundesrepublik. Diese Gliederung hat Vor- und Nachteile. Einerseits ist es so vergleichsweise gut möglich, Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den verschiedenen politischen Ordnungen herauszuarbeiten, andererseits stehen Institutions- und Programmgeschichte dadurch etwas unverbunden nebeneinander.

Der institutionsgeschichtliche Überblick folgt der Leitfrage des Verhältnisses von Staat und Rundfunk über die verschiedenen politischen Systeme hinweg. Tatsächlich kann die jeweilige Staatsnähe oder -ferne in mancher Hinsicht als Kardinalsfrage deutscher Rundfunkorganisation gelten. Schon in der Weimarer Republik existierte hinter der privatwirtschaftlichen Fassade eine mehr oder minder strenge staatliche Überwachung. Die Regierung Papen nutzte und veränderte diese Struktur umstandslos für ihre Interessen, so dass die politische Instrumentalisierung durch die Nationalsozialisten bereits vorbereitet war. Die meisten deutschen Politiker wollten in der Bundesrepublik wieder an diese staatszentrierte Organisationsform anknüpfen, konnten sich damit jedoch nicht gegen den Grundkonsens der Westalliierten durchsetzen, ein vergleichsweise staatsfernes, öffentlich-rechtliches Modell zu etablieren.

Am wenigsten aussagekräftig ist das Kriterium der Staatsnähe interessanterweise bei den Diktaturen. Denn hier war die Einbindung in staatliche Strukturen einerseits selbstverständlich, andererseits ist damit über die konkrete Organisation der politischen Kontrolle noch wenig gesagt. Immerhin werden hier deutliche Unterschiede zwischen den beiden deutschen Diktaturen offenbar: Die Nationalsozialisten etablierten das (in seiner Bedeutung bisweilen überschätzte) Propagandaministerium, behielten die überkommenen Strukturen aber ansonsten bei und setzten vor allem auf den Austausch des Führungspersonals sowie die Organisation und Kontrolle der Mitarbeiter über die Reichsrundfunkgesellschaft. Ein zwar nationalsozialistischer, aber keineswegs zentral gelenkter Rundfunk war die Folge. In der DDR wurde dagegen viel Energie in den Aufbau zentraler bürokratischer Strukturen investiert, die den Rundfunk im Sinne der Partei inhaltlich anleiten und kontrollieren sollte. Der in mancher Hinsicht voluntaristische, bisweilen opportunistische und von internen Konkurrenzkämpfen geprägte Leitungsstil während der NS-Zeit erwies sich dabei als spürbar flexibler gegenüber dem von festen Planvorgaben geprägte Agitationsapparat der SED. Das eigentliche Spezifikum des DDR-Rundfunks (im Unterscheid zum NS-Funk) in seinem aufwendigen Planungssystem zu sehen, wie Dussel dies andeutet (S.81ff.), scheint trotzdem gewagt. Wichtiger dürfte allemal die bürokratisch institutionalisierte

Unterordnung unter die Parteiführung gewesen sein, die sich deutlich von den stark personalisierten und informellen Herrschaftsbezügen im Nationalsozialismus abhebt. Vielmehr als ein „Staatsrundfunk“ war das DDR-Radio ein Parteunternehmen. Der unterschiedliche Stellenwert der Partei als Institution in beiden Regimes spiegelt sich hier lediglich *en détail* wider. Leider werden solche Bezüge zur allgemeinen Ebene der Herrschaftsstrukturen in dem knapp gehaltenen Abschnitt kaum hergestellt.

Während sich die Arbeit im Bereich der Institutionsgeschichte – vielleicht mit Ausnahme der DDR – auf einen weitgehend gesicherten Forschungsstand stützen kann, gilt dies für die Programmgeschichte in weit geringerem Masse. Angesichts der schier unüberschaubaren Fülle ausgestrahlter Sendungen ist es hier in besonderem Maße notwendig, forschungsleitende Fragen zu stellen und Prioritäten zu setzen. Auf der anderen Seite ist der Anteil der tatsächlich überlieferten Programme vergleichsweise klein und zudem nicht repräsentativ. Unter diesen Bedingungen favorisiert Dussel eine quantitative Programmstrukturanalyse auf der Basis von Sekundärquellen. Ihm geht es darum, die „großen Linien der gesamten Programmentwicklung nachzuziehen“ (S.137) und dies vor allem im Hinblick auf die drei zentralen Programmdimensionen Information, Unterhaltung und Bildung. Zudem beschränkt er sich im Kern auf die Abendprogramme, die über den gesamten Zeitraum hinweg mit Abstand die meiste Resonanz erzielten und die exemplarische Analyse von zwei Regionalprogrammen.

Obwohl diese Entscheidungen alle nachvollziehbar sind und dem Gegenstand angemessen scheinen, bleibt doch ein gewisses Unbehagen. Dies betrifft zum einen die von Dussel selbst gelegentlich thematisierte Unzuverlässigkeit von Programmankündigungen, besonders in politisch turbulenten Zeiten. Zweitens führt der Verzicht auf eine exemplarische Vertiefung der konkreten Sendungsinhalte zu einem Verlust an Anschaulichkeit, der die Lektüre dieses sehr breit angelegten Teils bisweilen beschwerlich werden lässt. Der dritte Einwand schließlich betrifft die dünne Datengrundlage, auf der die häufig recht pointierten, manchmal forschungsrevisionistischen Thesen beruhen. In der Regel handelt es sich lediglich um das Abendprogramm aus zwei geschlossenen, dabei noch zeitlich nah aneinanderliegenden Programmwochen der ausgewählten Sendeanstalten pro Jahr. Reicht dies wirklich, um sich von den Ergebnissen der monumentalen „Programmgeschichte der Weimarer Republik“ zu distanzieren, die das Deutsche Rundfunkarchiv vor nicht allzu langer Zeit veröffentlicht hat? Besondere Zweifel müssen im Falle der SBZ bzw. DDR-Programme erlaubt sein, für die Dussel zwischen 1948 und 1952, also in der Zeit des Hochstalinismus, *cum grano salis* sinkende Wortanteile konstatiert. Das steht nicht nur im Widerspruch zur bisherigen Forschung, sondern auch zu den zeitgenössischen Einlassungen von Zuhörern und Intendanten, die in dieser Zeit immer wieder über die scheinbar unkontrollierbare Wortlastigkeit geklagt haben. Der Hintergrund dürfte in zumeist unangekündigten Einblendungen und Programmänderungen zu suchen sein, von

denen es etwa im Dezember 1949 allein über 200 gegeben haben soll. Zumindest erklärungsbedürftig bleibt auch, dass Dussel einerseits in den fünfziger Jahren gegenüber den West-Programmen eine „eindeutige“ Dominanz der Unterhaltung im DDR-Rundfunk der fünfziger Jahre konstatiert, während er andererseits treffend auf die wellenförmig wiederkehrenden Repressionen in diesem Bereich verweist (S.391). Wie passt das zusammen?

Hier bleiben also Zweifel, die freilich insgesamt mehr Details und einzelne Phasen betreffen als die grundsätzliche Charakteristik der Radioprogramme. Der Beschreibung des Weimarer Rundfunks als im wesentlichen an hochkulturellen Bildungsidealen orientierte Veranstaltung wird man ebenso zustimmen können, wie derjenigen des NS-Funks als zwar propagandistisch, zugleich dabei jedoch zunehmend an den gesellschaftlichen Bedürfnissen nach trivialen Unterhaltungsformen orientiert. Letzteres unterschied die Programme deutlich von der Zeit bis 1960 in der SBZ/DDR, in der das penetrante Erziehungsideal der kommunistischen Avantgarde trotz mancher Schwankungen insgesamt massiv auf die Programme durchschlug und dabei nicht auf die politischen Wortprogramme im engeren Sinne beschränkt blieb, sondern auch den kulturellen Sektor erfasste. In der Bundesrepublik wurde letzterer dagegen mit dem traditionellen nationalen Erbe identifiziert und spielte in den Programmen eine zentrale Rolle. Demgegenüber war die Reserve gegenüber dem „Massengeschmack“ bei den Verantwortlichen zunächst sehr ausgeprägt, und entsprechend zäh gestaltete sich die Anpassung an entsprechende Präferenzen des Publikums. Allerdings etablierte sich schon bald eine Aufgabenteilung zwischen verschiedenen Programmen, die es erlaubte, den hochkulturellen Angeboten weitgehend aus dem Wege zu gehen und sich ganz den „begrenzt amerikanisierten“ (S.363) Unterhaltungsangeboten hinzugeben.

Verglichen mit der Beschreibung der Programmstrukturen fällt der Abschnitt, in dem die Ergebnisse auf den Kontext der unterschiedlichen politischen Systeme rückbezogen werden, leider recht kurz aus. Gleichwohl wird dabei deutlich, dass ein Ansatz, den Rundfunk allein unter dem Aspekt der politischen Organisation bzw. propagandistischen Instrumentalisierung zu betrachten auch für die Diktaturen des 20. Jahrhunderts entschieden zu kurz greift. Aus der Perspektive der Nutzer entwickelte sich das Radio nämlich schnell zu einem Medium, von dem eine große Mehrheit zuvorderst leicht konsumierbare Unterhaltung erwartete – und damit ziemlich genau das Gegenteil von direkter politischer Propaganda. Diesen Ansprüchen konnten sich auch die Programmgestalter während des Nationalsozialismus und zu DDR-Zeiten kaum dauerhaft entziehen. Auffällig ist im Gegenteil, dass die Unterhaltungsanteile gerade zu Krisenzeiten wie nach der „Kriegswende“ 1941/42 und dem 17. Juni 1953 stark anstiegen. Ob man so weit gehen kann, dies auf fehlende andere Legitimationsquellen der Diktaturen zurückzuführen, während die demokratischen Systeme dies gewissermaßen „nicht nötig“ gehabt hätten, wie Dussel dies unter Bezug auf Luhmann tut (S.392f.), sei

dahingestellt. Aber mit solchen Fragen ist in jedem Falle ein weiter zu bearbeitendes Forschungsfeld markiert, auf dem sich exemplarisch die Notwendigkeit der Integration einer theoretisch aufgeschlossenen, historisch orientierten Medien- und Kommunikationsforschung in den Horizont der Zeitgeschichte zeigt. Trotz einiger – angesichts des disparaten Forschungsstandes wohl unvermeidlicher – Unzulänglichkeiten kommt Konrad Dussels Darstellung das Verdienst zu, eben dazu einen wichtigen Beitrag geleistet zu haben.

Christoph Classen (Potsdam)